



**Aktion
„Weg
mit
dieser
Ö.K.O.-
Steuer!“**

**Materialien
Seite 22/23**

INHALT

ÖKOSTEUER

Unverantwortliche
Belastung und Gefahr für
das Wirtschaftswachstum.
Gesetzentwurf der
CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
SEITE 4-5

HAUSHALTSDEBATTE

Friedrich Merz:
Der erste Kanzler, der
erklärt, dass durch
Steuererhöhungen
Arbeitsplätze entstehen
SEITE 8-11

Die Ausgleichsmaßnahmen sind **Flickschusterei**

„CDU und CSU blicken optimistisch in die Zukunft und gehen kämpferisch in den Herbst“, erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel am 18. Sept. nach einem Strategietreffen der Schwesterparteien in München.

Die Bundesregierung sei über ihre eigene Politik zer-

stritten, vor allem über die Ökosteur. Erfreut habe die Union festgestellt, dass ihr Druck auf Rot-Grün Wirkung zeige. Die geplanten Ausgleichsmaßnahmen seien aber nichts als „Flickschusterei“. Angela Merkel forderte die Abschaffung der

Fortsetzung auf Seite 3

GENERALSEKRETÄR
RUPRECHT POLENZ:
DIE SPD BLEIBT DIE
ANTWORT AUF GRUNDLEGENDE
VERÄNDERUNGEN SCHULDIG

Seite 6–7

Franz Müntefering hat Ausführungen zum Aufsatz der Parteivorsitzenden „Was Deutschland wirklich braucht“ zum Anlass genommen, gleich zweierlei zu erreichen: die historischen Leistungen der CDU auf Null zu bringen und Irrtümer der SPD vergessen zu machen. Ruprecht Polenz hat darauf mit einer Replik reagiert, die an Klarheit nichts zu wünschen lässt. Es ist gar nicht nötig, dass Gerhard Schröder dieser Tage die Politik Willy Brandts verteidigt. Niemand in der CDU macht dem SPD-Kanzler seine Leistungen streitig. Deswegen bleibt aber auch nicht ungeschehen, dass der im Augenblick amtierende Kanzler bis 1989 „die Möglichkeit der Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes kategorisch ausgeschlossen hat“.



◀ Dieses Motiv finden Sie im Infonet (www.cdu.de/infonet) und im CDUNet (www.mitglied.de) zum Herunterladen. Die Vorlage kann in Plakate (DIN A 3 und DIN A 4), Einladungen und Flugblätter als Bildmotiv eingebaut werden.

ANGELA MERKEL:
KLARES PROFIL, SOLIDE AN
DER BASIS, TRANSPARENT
UND KOMMUNIKATIV

Seite 14–16

Alle haben es natürlich schon lange gewusst. Aber am 13. September ist es ihnen bestätigt worden: Die Parteivorsitzende und der Generalsekretär enthüllen gemeinsam die Tafel mit dem Namen der neuen CDU-Bundesgeschäftsstelle am Klingelhöfer Dreieck. Er lautet – wie in Bonn – „Konrad-Adenauer-Haus“. Angela Merkel hat die Eigenschaften des Baukörpers in ihrer Eröffnungsrede auch als Eigenschaften der CDU beschrieben. Danach zeichnen das neue Haus und die Partei klares Profil aus, solide Basis, Offenheit und Transparenz. Angela Merkel: „Die Bundesgeschäftsstelle soll eine Bühne des gesellschaftlichen Dialogs sein und ein offener Ort des immer wieder notwendigen Ringens um das jeweils beste politische Konzept.“

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.joerg.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementpreis/jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Vor wichtigen Landtagswahlen

Fortsetzung von Seite 1

Ökosteuer und als ersten Schritt die Aussetzung der für den 1. Januar 2001 angesetzten dritten Stufe. Als Opposition werde die Union die Probleme der Menschen benennen und Alternativen aufzeigen: als „Anwalt der Bürgerinnen und Bürger“.

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode, so die Parteivorsitzende, finden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg statt. Die Union gehe mit großem Siegesoptimismus in diese Wahlen.

Markt mit Menschlichkeit zusammen bringen

Angela Merkel versicherte, in einer Welt, die sich dramatisch verändere, würden CDU und CSU weiterhin für die soziale Marktwirtschaft eintreten. Mehr denn je gehe es darum, Markt und Menschlichkeit zusammen zu bringen. Die Parteivorsitzende sieht in diesem Zusammenhang Anzeichen dafür, dass die Bundesregierung in ihrem „Reformefieber“ nachlasse. Rot-Grün treffe in vielen Fällen sozial ungerechte Entscheidungen und

markiere damit die Themen der politischen Auseinandersetzung. Als Beispiele nannte die Parteivorsitzende das 630-Mark-Gesetz, die Ökosteuer, die Gesundheitspolitik und die Benachteiligung des Mittelstands im Rahmen der Steuerreform.

Mit Blick auf die Rentenreform stellte Angela Merkel klar, dass die Union ihre Bedingungen definiert habe und sich grundsätzlich eine Einigung vorstellen könne. Allerdings müssten erst konkrete Vorschläge der Regierung vorliegen und geprüft werden. „Im Sinne der jungen und älteren Menschen wäre es sinnvoll, eine vernünftige Rentenreform auf den Weg zu bringen“, unterstrich Merkel. Viele Probleme seien auf die Abschaffung des demografischen Faktors durch die Bundesregierung gleich zu Beginn ihrer Amtszeit zurückzuführen.

Die Unionsspitzen verabschiedeten ein Strategiepapier „Europa 2010“ zur künftigen Architektur Europas. In diesem Papier bekennen sich die Schwesterparteien einhellig und unmissverständlich zur Osterweiterung der Europäischen Union. **UID**

Fritz Schramma siegt in Köln

Mit Köln wird die größte Stadt in Nordrhein-Westfalen in den kommenden neun Jahren von einem CDU-Oberbürgermeister regiert.

Schramma setzte sich am 17. September in der Stichwahl um das Amt des Stadt- oberhauptes gegen die SPD-Kandidatin Anke Brunn durch.

Für Fritz Schramma stimmten 52,3 Prozent der Wähler, die frühere NRW-Wissenschaftsministerin musste sich mit 47,7 Prozent geschlagen geben.

Der Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers nannte den Sieg Schrammas einen „großartigen Erfolg für die Kölner CDU und auch für uns Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen“.

Die Niederlage Brunns sei auch eine Schlappe für Bundeskanzler Gerhard Schröder und NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement. Deren Auftritte im Wahlkampf hätten der SPD-Kandidatin eher geschadet als genutzt.



Unverantwortliche Belastung und Gefahr für das Wirtschaftswachstum

■ **Es stellt sich folgendes Problem:**

Mit dem Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform vom 24. März 1999

(BGBl. I. S. 378) und dem Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2432) wurde die Mineralölsteuer erhöht und eine Stromsteuer eingeführt sowie erhöht.

Diese Steuererhöhungen wurden mit dem Titel einer sog. Ökosteuer versehen. Die Entwicklung des Rohölpreises, das Wechselkursverhältnis des Euro zum Dollar sowie die durch die vorgenannten Gesetze vorgenommenen und für die Jahre 2001 bis 2003 vorgesehenen Steuererhöhungen stellen eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum in Deutschland dar und belasten Bürger und Betriebe in unverantwortlicher Weise.

Die bisherigen Erhöhungen der Mineralölsteuer und der Stromsteuer müssen daher rückgängig gemacht werden, und die noch vorgesehenen Erhöhungen müssen unterbleiben.

Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Mineralölsteuer und zur Abschaffung der Stromsteuer (Ökosteuer-Abschaffungsgesetz)

■ **Die Lösung**

Die bereits zum 1.4.1999 und am 1.1.2000 vorgenommenen Erhöhungen der Mineralölsteuer bzw. der Stromsteuer werden zum 1.1.2001 rückgängig gemacht. Ebenso werden die für den 1.1.2001, 1.1.2002 und 1.1.2003 beschlossenen Steuererhöhungen wieder aufgehoben. Die Steuersätze entsprechen danach ab 1.1.2001 wieder der Gesetzeslage zum 31.3.1999.

Der Gesetzentwurf sieht im Einzelnen folgende Maßnahmen vor:

► Senkung der Mineralölsteuer auf das Niveau vor der sog. Ökosteuer. Für Benzin bedeutet das einen Steuersatz pro Liter von 98 Pf. ab 1.1.2001. Nach bisher geltendem Recht wären es dagegen 1,16 DM.

► Aufhebung der Mineralölsteuererhöhungen für die Jahre 2001 bis 2003,

► Ersatzlose Aufhebung der Stromsteuer.

■ **Alternativen**

Zu dieser Lösung gibt es keine.

■ **Kosten der öffentlichen Haushalte**

Die Aufhebung der mit der ökologischen Steuerreform eingeführten zusätzlichen Mineralölsteuer sowie der Stromsteuer führt für den Bundeshaushalt zu folgenden Mindereinnahmen:

Jahr	2001	2002	2003
in Mrd. DM			
	21,8	27,1	32,5

Der Wegfall der ökologischen Steuerreform bedeutet andererseits eine Verwaltungsvereinfachung. Dies führt nicht nur zu einer Verringerung der Bürokratiekosten in den Unternehmen, sondern lässt auch die deutliche Mehrbelastung, die in der Zollverwaltung mit der Einführung der ökologischen Steuerreform entstanden ist, wieder entfallen.

■ **Sonstige Kosten**

Durch den Verzicht auf die weitere Erhebung der Stromsteuer und die Senkung der

Einhellige Unterstützung der CDU-Forderungen

Angela Merkel hat sich am 16. September mit Vertretern der von den Auswirkungen der Ökosteuer besonders betroffenen Branchen und Verbände getroffen.

Alle Beteiligten waren sich in der Zielsetzung einig: Keine 3. Stufe der Ökosteuer am 1. Januar 2001 und: eine Aussetzung der Ökosteuer insgesamt. Einhellig begrüßten die Verbandsvertreter den Gesetzentwurf der CDU/CSU Bundestagsfraktion zur Senkung der Mineralölsteuer und zur Abschaffung der Stromsteuer.

An dem Gespräch mit der Parteivorsitzenden über die Auswirkungen der Ökosteuer nahmen die Vertreter folgender Verbände teil: · Bundesverband Möbelspedition e.V. · Bundesverband Spedition und Logistik e.V. · Deutscher Bau-

ernverband e.V. · Deutscher Taxi- und Mietwagenverband e.V. · Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. · Verband der Automobilindustrie e.V. · Vereinigung Deutscher Kraftwagenspediteure eG · Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V. · Haus & Grund Deutschland

Diese Ökosteuer muss weg

Den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Abschaffung der Ökosteuer hat der Parlamentskreis Mittelstand begrüßt. Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion, Hansjürgen Doss: „Diese Steuer ist unökologisch, unsozial, diskriminierend, und sie belastet die deutsche Wettbewerbsposition.“

entfallenden Mehrwertsteuer) reduzieren. Insoweit ergeben sich positive Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau.

Der Staat darf sich nicht am Ölpreis bereichern

33 Milliarden Mark müssen Bürger und Wirtschaft für die gestiegenen Preise von Benzin und Heizöl aufwenden. In dieser Summe sind 4,2 Milliarden Mark Mehrwertsteuer enthalten. Der CDU-Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme fordert, die Mineralölsteuer so weit abzusenken, dass ihr Aufkommen um genau diese 4,2 Milliarden sinkt.

Antrag der CDU/CSU

Rasche Hilfe für den Güterverkehr hat die CDU/CSU gefordert. Sechs Kernforderungen stehen in dem Antrag „Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes erhalten“.

Mineralölsteuer werden die Energiepreise steuerbedingt sinken. Für Benzin wird sich die Steuerbelastung zum 1. 1. 2001 um rd. 21 Pfennig (einschließlich der darauf

<http://>

Den vollständigen Text
des Gesetzentwurfs
finden Sie unter
[www.cducusu.
bundestag.de](http://www.cducusu.bundestag.de)

SPD bleibt die **Antwort auf** grundlegende Veränderungen schuldig

Generalsekretär Ruprecht Polenz hat der Republik widersprochen, mit der Franz Müntefering in der „Welt“ am 11. September auf den Artikel der Parteivorsitzenden „Was Deutschland wirklich braucht“ reagiert hat:

Ihre Ausführungen sind ein weiterer Mosaikstein der seit Monaten zu beobachtenden Strategie, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland so umzuschreiben, dass die historischen Leistungen der CDU ebenso auf Null gebracht werden wie die historischen Irrtümer der SPD. Das werden wir nicht zulassen.

Sie unterstellen der CDU, sie versuche die Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ hinzustellen. Leider bleiben Sie den Nachweis dafür schuldig. Aber ich finde es schon interessant, welche Ängste Sie offenkundig umtreiben. Denn auch Sie können nicht verdrängen, dass führende Sozialdemokraten immer wieder den Eindruck erweckt haben, sie stünden eher und überzeugter im Lager der Gegenseite als im Lager der Freiheit.

Sie werden ebenso wenig vergessen machen können, dass Ihr heutiger Parteivorsitzender bis 1989 die Möglichkeit der Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes kategorisch ausgeschlossen hat und selbst noch im Prozess der Einheit kräf-



tig die Bremse zu treten versuchte, indem er dem Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Bundesrat die Zustimmung verweigerte.

Wenn Sie lapidar feststellen: „Die deutsche Einheit gehört den Menschen, keiner Partei, auch nicht der Union“, dann ist dies eine pure Selbstverständlichkeit, und die CDU hat auch nie etwas anderes gesagt. Aber richtig bleibt trotzdem, dass die CDU mehr Anteil hatte an der Wiedervereinigung, eben weil wir sie wollten.

Mit Ausnahme von Willy Brandt sahen führende Sozialdemokraten dies damals anders. Deshalb bestehen wir auf der historischen Wahrheit, dass es ohne das entschlossene Handeln Helmut Kohls und der von ihm geführten Bundesregierung nicht möglich gewesen wäre, die nur kurze Zeit gegebene Chance zur Einheit auch tatsächlich zu nutzen. Die CDU ist nicht „Eigentümerin“ der deutschen Einheit. Aber sie ist die Partei der deutschen Einheit.

Angesichts der langen Liste der Fehlentscheidungen, die deutsche Sozialdemokraten zu verantworten haben, verweisen Sie auf die Entspannungspolitik der Regierungen Willy Brandt und Helmut Schmidt, die Sie im Rückblick allerdings eher glorifizieren. Aber meinetwegen. Immerhin möchte ich daran erinnern, dass wesentliche Elemente dieser Politik bereits in der Ostpolitik Erhards und Kiesingers angelegt gewesen waren. Die SPD war mehrfach in der glücklichen Lage, das Erntedessert zu können, was die CDU zuvor gesät hatte.

Ich will auch eine Anmerkung machen zu Ihren Ausführungen zum christlichen Menschenbild. Es ist schlicht nicht wahr, dass die CDU das christliche Verständnis von Menschen für sich „reklamiert“ hätte, wie Sie behaupten. Natürlich kann sich jede politische Formation auf das christliche Menschenbild beziehen. Übrigens: Je mehr dies tun, umso besser! Die SPD tut dies auch in ihrem Grundsatzprogramm; sie verquickt es aber mit der „Marxschen Geschichts- und Gesellschaftslehre“.

Ein schlicht ungenießbares Gebräu

Mit Verlaub, Herr Kollege: Da hat die Sozialdemokratie ein Gebräu angeordnet, das schlicht ungenießbar ist. Die von Ihnen aufgeworfene Frage, was die christlichen Kirchen von „der Okkupation des christlichen Menschenbildes“ durch die Union halten, ist gegenstandslos, weil es diese Okkupation nicht gibt. Aber vielleicht können Sie den christlichen Kirchen einmal erklären, wie Sie Jesus und Marx zusammenbringen wollen. Christentum und atheistischer Marxismus – das passt nun einmal nicht zusammen.

Ich empfinde es als niederträchtig, wenn Sie immer und immer wieder hergehen und das eingestandene Fehlverhalten in Teilen der CDU in ein Unwerturteil über die Politik der CDU insgesamt und ihre historischen Leistungen für Deutschland und Europa umzumünzen versuchen. Sind Sie sich der argumentativen Überzeugungskraft der von Ihnen zu verantwortenden gegenwärtigen Politik so wenig sicher, dass Sie zu solchen Methoden greifen müssen? Es ist ganz offenkundig, dass die SPD – sei es im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, sei es im Landtag von Hessen oder durch Ihre öffentlichen Äußerungen – die permanente Strategie verfolgt, sich der Diskussion über politische Sachthemen durch eine ständig neu angeheizte Debatte über längst bekannte Vorgänge zu entziehen.

Sie irren gründlich, wenn Sie den Schlussteil des Briefes von Frau Dr. Merkel als an die eigene Partei gerichtet interpretieren. Ich wünschte, gerade auch die SPD würde sich von den Problemen angesprochen fühlen, die Frau Dr. Merkel hier skizziert. Es ist fatal, dass deutsche Sozialdemokraten derzeit Verantwortung für unser Land tragen, ohne in entscheiden-

den Zukunftsfragen wirklich zu Ende gedachte Antworten geben zu können.

Wo sind die Antworten der SPD?

Wir sind uns einig, dass wir angesichts der Globalisierung und auch angesichts des Wandels im Bevölkerungsaufbau über Zuwanderung und Integration neu nachdenken müssen; aber ist die Greencard schon wirklich die zukunftsrichtige Antwort auf die hier anstehenden Probleme? Wo sind die Antworten der Sozialdemokratie auf die grundlegenden Veränderungen, die sich weltweit in Wirtschaft und Arbeitswelt vollziehen? Wo beteiligt sich die SPD substantiell an der dringend notwendigen Diskussion über Chancen und Risiken der Genomforschung und der Biotechnologie? Was unternimmt die SPD für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft; wie will sie die größer werdende Kluft zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern schließen?

Das sind Fragen, über die wir diskutieren und notfalls streiten sollen, denn von den Antworten, die wir finden, hängt die Zukunft unseres Landes ab.

Der erste Kanzler, der erklärt, dass durch Steuererhöhungen **Arbeitsplätze** entstehen

Aus der „Generaldebatte Bundeskanzleramt“ im Rahmen der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 13. September. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich mit der Politik Schröders auseinander:

Deutsche Einheit

Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen bei verschiedenen Gelegenheiten an diese Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 erinnern. Aber ich möchte heute – ich tue das aus vielen Gründen – schon eines an dieser Stelle feststellen: Ohne die kluge und mutige Politik der damaligen Bundesregierung könnten wir den 10. Jahrestag der deutschen Einheit in diesem Jahr gewiss nicht feiern.

Das grosse Verdienst Helmut Kohls

Es war und bleibt deshalb das unbestreitbare große



Verdienst der Bundesregierung unter Helmut Kohl, in einer wahrhaft grundstürzenden Zeit des Wandels in unserem Land gegen den Willen der damaligen Opposition das Richtige getan zu haben.

Die angebliche Holzmann-Rettung

Ich möchte einen Sachverhalt in Erinnerung rufen, mit dem Sie sich vor zehn Monaten eindrucksvoll und spektakulär in Szene setzen konnten, als Sie nämlich den Versuch gemacht haben, in Frankfurt das Unternehmen Philipp Holzmann zu retten.

Ich möchte heute einmal die Frage stellen: Was ist daraus eigentlich geworden?

Sie haben damals in den Gesprächen – wie Teilnehmer mittlerweile berichten – den Hinweis, dass die Subventionen, die Sie geben wollten, möglicherweise von der EU-Kommission nicht genehmigt werden, mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt und haben gesagt: Meine Herren, davon verstehen Sie nichts, das lassen Sie mich mal machen.

Bis zum heutigen Tag ist die Genehmigung der EU-Kommission für diese Beihilfen nicht erteilt. Dort, in den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion, sitzt ein Kollege, der Vorsitzender der IG Bau ist, mit dessen Zustimmung vom Unternehmen Philipp Holzmann bis zum heutigen Tage fortlaufend gegen bestehendes Tarifrecht verstoßen wird, weil die Zustimmung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu einer Abweichung vom Tarifvertrag bis heute nicht erteilt worden ist.

Das Ergebnis für Sie ist: Sie konnten auf Ihrem Parteitag Anfang Dezember glänzen. Ihnen ist das Unterneh-

men Philipp Holzmann bis zum heutigen Tag völlig gleichgültig, das Schicksal der Arbeitnehmer in diesem Unternehmen völlig egal, und in der Zwischenzeit haben nicht zuletzt wegen dieser Verstöße gegen Tarifverträge in der Bundesrepublik Deutschland 4000 Unternehmen im Bauhauptgewerbe Pleite gemacht.

Die Belastung durch Abgaben steigt

Sie haben gesagt, die Bundesregierung betreibe eine Politik, die die Abgabenbelastung in der Bundesrepublik Deutschland Schritt für Schritt senkt, damit wieder mehr Arbeitsplätze entstehen können. Am 1. Januar 2001 soll eine weitere Erhöhung der Ökosteuer um 7 Pfennig in Kraft treten – dann noch eine am 1. Januar 2002 und noch eine am 1. Januar 2003.

Die Perspektiven Ihrer Regierung und Ihres Bundesarbeitsministers sind, dass der Rentenversicherungsbeitrag in diesem Zeitraum bestenfalls mit 19,2 Prozent stabil bleibt.

Im Ergebnis wollen Sie uns mit dem, was Sie hier machen, erklären, dass durch eine ständig steigende Steuerbelastung in Deutschland

mehr Arbeitsplätze entstehen können. Das ist der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, der den Versuch unternimmt, der Öffentlichkeit zu erklären, dass Steuererhöhungen zu Arbeitsplätzen führen.

Vom richtigen Weg längst abgekommen

Der Bund der Steuerzahler hat vor wenigen Tagen einmal ausgerechnet, was denn die Konsequenzen Ihrer Politik bis zum Jahr 2005 sind. Bis zum Jahr 2005 werden bei Fortsetzung dieser Politik Steuererhöhungen

FAKTEN UND ARGUMENTE

und nicht die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge, die Sie auch in Ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt haben, die Folge sein. Die Abgabenbelastung aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen wird im Jahr 2005 bei 54,8 Prozent liegen, ganze 0,3 Prozent niedriger als im Jahre 1998.

Das zeigt doch, dass Sie von dem von Ihnen für richtig gehaltenen Weg, die Steuer- und Abgabenlast zu senken, längst abgekommen sind und jetzt nur noch ver-

suchen, zu retten, was zu retten ist. Aber das hat mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland nichts mehr zu tun.

Unverschämte Abkassiererei

Zu Recht empfinden die Menschen das, was Sie in diesen Tagen an den Tankstellen erleben, als eine unverschämte Abkassiererei. Aber wenn in diesen Tagen ein Liter bleifreies Benzin 2 DM kostet und davon 1,30 DM Steuern sind, dann können Sie doch nicht behaupten, dass das, was an den Tankstellen passiert, ausschließlich mit der Verteuerung der Energiepreise in Deutschland zu tun hat. Sie, Herr Bundeskanzler, sind der Preistreiber auf den Energiemärkten.

Ich wette: Der Druck auf Sie wird größer

Wir fordern Sie auf, Herr Bundeskanzler: Stoppen Sie den Unfug mit der Ökosteuer und erklären Sie noch vor Weihnachten, dass weitere Erhöhungsstufen nicht in Kraft treten! Herr Bundeskanzler, obwohl ich das nicht häufig tue, möchte ich Ihnen an dieser Stelle gerne eine

Wette anbieten. Ich wette, dass Sie bis zum Jahresende – der Druck wird größer werden – die Ökosteuer wieder kassieren und die dritte Stufe am 1. Januar 2001 nicht in Kraft tritt. Ich biete Ihnen Folgendes an: Sagen wir, eine kleine Kiste Cohiba gegen eine gute Kiste pfälzischen Grauburgunder. Am Ende dieses Jahres werden Sie einen Rückzieher machen. Sie werden die dritte Stufe nicht in Kraft treten lassen, weil Sie genau gemerkt haben, dass Sie mit dem, was dort beschlossen worden ist, richtigerweise auf großen Widerstand bei den Menschen auf den Straßen treffen.

Sogar bei harmlosen Themen kneifen Sie

Herr Bundeskanzler, Sie wissen in Ihrer Regierung im Wesentlichen doch nur, was Sie nicht wollen. Sie wollen in dieser Legislaturperiode keine Gesundheitsreform mehr, obwohl wir genau wissen, dass die Leistungseinschränkungen wegen Ihrer Politik der Bürokratisierung und der Budgetierung in den nächsten Wochen und Monaten weiter drastisch zunehmen werden. Sie senken die Lohnnebenkosten nicht, wie in Ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen, auf

unter 40 Prozent. Ja, Sie kneifen sogar bei dem vergleichsweise harmlosen Thema des Ladenschlusses, unmittelbar nachdem Sie ein Gespräch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund geführt haben. Ich habe die Sorge, dass da noch mehr Verabredungen getroffen worden sind, von denen wir erst in den nächsten Wochen und Monaten erfahren werden. Sie werden gewiss nicht zum weiteren Fortschritt in Deutschland beitragen.

Thema Bundeswehr

Sie kürzen die Mittel auch und insbesondere für die Bundeswehr, Herr Bundeskanzler, obwohl wir gerade jetzt – ich konnte mich vor einigen Tagen bei einem Besuch unserer Soldaten im Kosovo selbst davon überzeugen – angesichts der internationalen Herausforderungen genauso wie der Notwendigkeit der Umstrukturierung der Streitkräfte einen höheren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr brauchten.

Auf nichts richtig vorbereitet

Ihr Wahlkampfslogan von 1998 lautete: „Wir sind

bereit“. Heute muss man sich fragen, worauf Sie bei der Regierungsübernahme Ende 1998 wirklich vorbereitet gewesen sind. Am besten lässt sich Ihre in Wahrheit zögerliche und im Wesentlichen auf Medienwirkung ausgerichtete Politik in der unendlichen Geschichte der Rentenreform nachzeichnen. Sie haben die Rentenreform der alten Regierung außer Kraft gesetzt, ohne dass Sie gewusst haben, was an deren Stelle treten soll.

Wie die Rentenreform aussehen muss

Herr Bundeskanzler, wir sind unverändert dazu bereit, an einer solchen Rentenreform in parteiübergreifendem Konsens mitzuwirken, weil eine solche Reform, die auf mindestens eine Generation und damit auf rund 30 Jahre angelegt sein muss, nicht in jeder Legislaturperiode erneut Korrekturen verträgt. Wenn wir zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen sollen, müssen die fünf von uns mehrfach genannten Punkte in dieser Reform im Kern verwirklicht und erhalten sein. Ich nenne sie Ihnen noch einmal:

► In die bestehenden Rentenanwartschaften und Rentenanprüche darf nicht einge-

griffen werden. Sie müssen garantiert sein. Das müssen die älteren Menschen verlässlich wissen.

► Kommende Generationen dürfen mit Beiträgen aus dem Umlageverfahren nicht dauerhaft höher belastet werden. Wir werden die Hand nicht zu einer Rentenreform reichen, bei der die jüngere Generation in Zukunft durch Beiträge im Umlagesystem noch höher als gegenwärtig belastet wird.

► Wir brauchen – Sie haben das dankenswerterweise hier angesprochen – die private Altersvorsorge als zweite Säule der Alterssicherung. Wir brauchen sie, und Sie wären in der Koalition noch nicht so weit, wenn wir von Anfang an nicht immer wieder gesagt hätten, dass die Versorgungslücke in der Rentenversicherung nur durch private und betriebliche Altersversorgung geschlossen werden kann.

► Für die Alterssicherung muss die nachgelagerte Besteuerung gelten. Sie haben sich, als ich das im Frühjahr beschrieben habe und dies veröffentlicht worden ist, in hämischer Weise darüber lustig gemacht und die Öffentlichkeit hinters Licht geführt. Mittlerweile – ich bedanke mich dafür – ist der Bundesfinanzminister so weit, das anzuerkennen. Das Prinzip

ist richtig: Nur mit nachgelagerter Besteuerung haben insbesondere Arbeitnehmerfamilien die notwendigen Freiräume, um aus nicht versteuertem Einkommen zusätzliche Vorsorgebeiträge aufwenden zu können.

► Die Alterssicherungssysteme müssen so ausgestaltet sein, dass Altersarmut nicht entstehen kann.

Reise in ein unbekanntes Land

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist insbesondere in den neuen Bundesländern besorgniserregend. Darüber haben Sie, Herr Bundeskanzler, zwar gesprochen, aber Ihre jüngste Reise in die neuen Länder war für Sie eine Reise in ein unbekanntes Land. Die Ablehnung der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion und Ihre herabsetzenden Äußerungen über die Menschen in den neuen Ländern machen jedem deutlich, dass die fünf neuen Länder keine wirkliche Herzenssache für Sie sind. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass sich diese Bundesregierung, als es beispielsweise darum ging, den Standort für die Fertigungsstätte des großen Airbus in der Bundesrepublik Deutschland festzulegen,

mit keinem Wort für den Standort Rostock-Laage eingesetzt hat. Der Aufbau Ost war nie wirklich Chefsache.

Europäische Union

Ich will zum Schluss noch einige Sätze zur Entwicklung in der Europäischen Union sagen. Wir wollen den Erfolg der Osterweiterung der Europäischen Union. Sie wissen, dass weder mit den Beschlüssen des Berliner Gipfels zur Agenda 2000 noch mit dem, was jetzt auf der Tagesordnung der Regierungskonferenz steht, die Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union herbeigeführt wird. Sie wissen es. Deswegen war es ein schwerer politischer Fehler, dass Sie die Zahl der möglichen Beitrittskandidaten beim Gipfel in Helsinki kritiklos auf 11 angehoben haben, aber gleichzeitig nicht dafür gesorgt haben, dass die notwendigen politischen, institutionellen und finanziellen Voraussetzungen dafür in der Europäischen Union geschaffen werden.

<http://>

Den vollen Wortlaut der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie unter: www.cducusu.bundestag.de

MARIA BÖHMER:

Familienpolitik führt in der Regierung Schröder ein **Schattendasein**

Anlässlich der Haushaltsberatungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer:

Seit zwei Jahren ist die Regierung Schröder im Amt. Die Bilanz der bisherigen Arbeit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist mehr als dürrig.

Tatort 1: Familie

Kindergeld: Sozialdemokraten predigten stets, jedes Kind sei gleich viel wert. Nun ist auf einmal alles anders: Eine Familie mit vier Kindern wird bei der Kindergelderhöhung pro Kind mit der Hälfte abgespeist: 15DM statt 30DM, bzw. 10DM statt 20DM.

Ökosteuer: Von der Ökosteuer werden besonders Familien betroffen. Sie können sich am wenigsten bei den Energiekosten einschränken.

Vereinbarkeit Familie und Beruf: Richtungweisende Überlegungen zur

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Mangelware.

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften:

Die Vorschläge für eine „Ehe light“ gehen vor allem zu Lasten der kinderreichen Familien und der Alleinerziehenden.

Tatort 2: Frauenpolitik

Frauenförderung: Die Bundesregierung fördert „Frau und Beruf“. Dies ist gut. Im letzten Jahr hat es hierfür aber nur 2 Mio. DM zusätzliche Fördermittel gegeben. Umgerechnet auf die 15 Mio. erwerbstätigen Frauen sind das gerade einmal 14 Pfennig mehr pro Frau.

Frauengleichstellung:

Zwei Jahre tat sich außer Ankündigungen und Kongressen zur Frauengleichstellung nichts. Vor wenigen Tagen präsentierte Frau Bergmann in Torchlusspanik einige Vorschläge. Und das Ergebnis? Kümmerliche Eckpunkte anstatt eines Gesetzes, gespickt mit Überschriften und ohne Inhalt.

Tatort 3: Rentenpolitik

Frauen und gesetzliche

Rente: Kinderkosten Frauen Rente. Eine alleinstehende Frau erhält ohne Kinder 1.826 DM, eine verheiratete Frau mit drei Kindern nur durchschnittlich 669 DM.

Kinderkomponente in der privaten Rente: In den ursprünglichen Überlegungen der SPD zur privaten Altersvorsorge findet sich überhaupt keine explizite Kinderkomponente. Nun sollen es vermeintliche 30DM pro Monat sein. Im ersten Jahr der Kinderförderung sollen es lediglich 3,75 DM sein, weil die volle Wirkung erst im Jahr 2008 eintritt.

Tatort 4: Jugendmedienschutz

Die Medien, insbesondere das Internet entwickeln sich rasant und mit weitreichenden Konsequenzen. „Think global, act local“ wird zur Devise. Und was tut Frau Bergmann? Sie unterlässt nach wie vor beim Jugendmedienschutz jede Initiative. **UD**

NORBERT GEIS UND ERWIN MARSCHESKI:

Die **Bedrohung** durch Computerattacken endlich ernst nehmen

Zum dem Ergebnis eines Expertengesprächs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Vertretern des Bayerischen Justizministeriums, der Staatsanwaltschaft und des Chaos-Computer-Clubs zum Problem der zunehmenden Datennetzkriminalität erklärten der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der innenpolitische Sprecher:

Computerattacken der jüngeren Vergangenheit unter Verwendung so genannter Virenangriffsprogramme belegen in alarmierender Weise, dass die weltweiten Datenetze in hohem Maße für Zugriffe Unbefugter anfällig sind. Sie liefern auch dafür Zeugnis, dass Einzelne mit vergleichsweise einfachen Mitteln und innerhalb kürzester Zeit Schäden in Milliardenhöhe anrichten können. Dieses Bedrohungspotenzial begründet ein offenkundiges Bedürfnis nach einem wirksameren Schutz insbesondere vor Computerattacken in offenen Netzwerken.

Gleichwohl ist die Bundesregierung offensichtlich nicht bereit, das nationale

Strafrecht im Benehmen mit Praxis und Wissenschaft einer umfassenden Prüfung zu unterziehen.

Aufklärung gefordert

Wir werden in Kürze eine Große Anfrage in den Deutschen Bundestag einbringen. Wir wollen die Bundesregierung dazu anhalten,

- die zur Verfügung stehenden Erkenntnisse über die tatsächliche Bedrohungssituation offen zu legen,
- mitzuteilen, welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung auf nationaler Ebene endlich einzuleiten beabsichtigt, um der zunehmenden Datennetzkriminalität im allgemeinen und der Bedrohung durch Computerattacken im besonderen entgegen zu treten,
- sich zu dem Handlungsbedarf zu erklären, der im Bereich der technischen Prävention besteht.
- über die Tätigkeit tatsächlich und angeblich eingerichteter Arbeitsgruppen zur Bekämpfung der Datennetzkriminalität zu informieren,
- von der Industrie verein-

barte Sicherheitsstandards und Selbstverpflichtungen sowie das Produkthaftungsrecht auf den Prüfstand zu stellen,

- eine entsprechende Aufklärung in den Schulen und in den Medien zu initiieren,
- die einschlägigen Strafbestimmungen (insbesondere §§ 202a, 303a, 303b, 316b StGB sowie § 17 UWG) sowie die geltenden Strafdrohungen



N. Geis



E. Marschewski

auf den Prüfstand zu stellen

- die im Bereich der Aufklärung von Computerstraftaten mit den Händen zu greifenden Defizite, insbesondere im Strafverfahrensrecht, umgehend zu beseitigen,
- die Umsetzung der internationalen Übereinkommen angesichts der rechtlichen und tatsächlichen Komplexität vorzubereiten und die gebotene Beratung im Parlament zu gewährleisten. **UD**

Klares Profil, **solide an der Basis**, transparent und kommunikativ

Aus der Rede der Parteivorsitzenden anlässlich der offiziellen Eröffnung der CDU-Bundesgeschäftsstelle am 13. September in Berlin:

Heute schließt sich ein Kreis. Mit der Einweihung der Bundesgeschäftsstelle Berlin kehrt die CDU zu einem ihrer historischen Ausgangspunkte nach ziemlich genau 55 Jahren wieder zurück.

Hier in Berlin kam wenige Wochen nach Kriegsende eine der wichtigsten Gründungsinitiativen der CDU zustande. Hier in Berlin gab es 1945 die „Reichsgeschäftsstelle“ der CDU – sie war im Grunde unsere erste Bundesgeschäftsstelle. Und wenn man diesen großen geschichtlichen Bogen von 1945 bis heute schlägt, dann muss man mit bedenken, dass wir heute nach Berlin zurückkehren können, weil die CDU über Jahrzehnte hinweg am Ziel der Einheit unseres Vaterlandes unbeirrt festgehalten hat.

Hier in Berlin hat die CDU eine ihrer wichtigen Wurzeln. In der Schlüterstraße 39 in Charlottenburg wurde im Sommer 1945 die erste

„Reichsgeschäftsstelle“ der CDU Deutschlands eingerichtet. Es verstand sich von selbst, dass die Gründer die CDU als einheitliche Partei für ein einheitliches Deutschland mit dem Sitz in der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin zu organisieren gedachten.

Die Bundespartei entstand erst 1950 auf dem 1. Parteitag in Goslar. Eine Bundesgeschäftsstelle wurde daraufhin in einer umfunktionierten Altbauwohnung in der Bonner Nassestraße eingerichtet. Dieses Provisorium erwies sich als sehr beständig. Ende der 60er Jahre war die Bundesgeschäftsstelle auf 19 Standorte in Bonn/Bad Godesberger Stadtgebiet verteilt. Es ist im Wesentlichen Kurt Georg Kiesinger zu verdanken, dass 1972 endlich eine Parteizentrale an der Bonner Friedrich-Ebert-Allee bezogen werden konnte.



Nachdem der gesamtdeutsche Bundestag die Verlegung von Parlament und Regierung nach Berlin beschlossen hatte, gab es in der CDU keinerlei Diskussion darüber, ob auch die Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin zu verlegen sei oder nicht. Diese Frage war längst im Statut geregelt, wo es in § 3 heißt: „Der Sitz der CDU Deutschlands ist am ständigen Sitzungsort des Deutschen Bundestages.“

Unsere neue Bundesgeschäftsstelle ist kein alltäglich-

cher Bau. Seine Architektur fällt sogar im Ensemble des Tiergarten-Dreiecks auf, dessen moderne Bebauung insgesamt gewiss nicht unter das Kapitel „Bausünden“ einzureihen ist.

Dieser Baukörper hat Eigenschaften, die ich mir auch für die CDU als Partei wünsche: klares Profil in der Spitze, solide an der Basis und zugleich hochmodern, offen und transparent, ausgesprochen kommunikativ und vor allem: es ist eine sehr selbstbewusste Architektur.

Das unverwechselbare Haus der CDU

Das Haus, in dem die CDU arbeitet, muss auch etwas von dem widerspiegeln, was wir sind.

Der Baukommission des Bundesvorstandes, die die Architektenentscheidung vorzubereiten hatte, war keine einfache Aufgabe gestellt. Ihr lagen mehrere konkurrierende Entwürfe vor. Es war der schmale Grat zu gehen zwischen einer unangemessenen Repräsentations-Architektur einerseits und der gerade in Berlin nicht selten anzutreffenden eintönigen Verwaltungsbau-Maschinenware andererseits.

Unseren Architekten ist es gelungen, der CDU ein Haus

zu bauen, das unverwechselbar das Haus der CDU ist.

Ich richte ein herzliches Wort des Dankes an das Architekten-Team Professor Petzinka, Pink und Partner. Es war ihre eigentlich geniale Idee, sich mit einer gläsernen Außenhaut genau an die Berliner Bauvorschriften über Traufhöhe und Blockrandbebauung zu halten und im Innern der Glashülle einen von allen umliegenden Bauten unterscheidbaren ellipsoiden Bau zu errichten.

An dieser Stelle möchte ich auch ein herzliches Wort des Dankes an die Baukommission des Bundesvorstandes richten, die in den Jahren 1996/97 das Projekt auf den Weg gebracht hat. Ich nenne namentlich Hans-Joachim Reck, Peter Hintze und Helmut Kohl, denen wir es verdanken, heute über einen solch schönen Bau verfügen zu können.

Meinen Dank richte ich an den Bauträger Groth und Graalfs, der für die Erschließung und Bauausführung zuständig war. Bedanken möchte ich mich schließlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die ein Jahr lang zwischen Bonn und Berlin gependelt sind, was manchmal sicherlich viel Kraft gekostet hat. Auch die Bundesge-

schäftsstelle in Berlin wird den Namen Konrad Adenauer tragen. Er ist der erste Parteivorsitzende der CDU Deutschlands gewesen. Er hat für unser Land politische Grundentscheidungen eingeleitet und durchgesetzt, die sich bis heute als tragfähige Fundamente deutscher Staatsräson erwiesen haben.

Eine Bühne des gesellschaftlichen Dialogs

Aus diesem Haus heraus soll nicht nur die Partei verwaltet werden. Auch das muss sein, gewiss. Die Bundesgeschäftsstelle darf aber nicht missverstanden werden als Behörde, als Kommando- und Befehlszentrale, die politische Strategien vorgibt und Vollzugsmeldungen entgegennimmt. Unser Berliner Haus soll auch – aber nicht nur – Drehscheibe der innerparteilichen Diskussion sein.

Ich wünsche mir darüber hinaus eine Bundesgeschäftsstelle, die sich als Bühne des gesellschaftlichen Dialogs versteht, als offener Ort des immer wieder notwendigen Ringens um das jeweils beste politische Konzept, als *meeting point* kreativer Ideen, als Werkstatt, in der aus Sachkompetenz und Visionen tragfähige Politik gestaltet wird.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

ENERGIEPREISE

Törichtes und leichtfertiges Hantieren mit der Ökosteuern

Man darf gespannt sein, wie lange die Beschwichtigungsformeln halten, mit denen die rot-grüne Koalition ihre Mitverantwortung für die steigenden Energiepreise dem Publikum ausreden will. Am unverschämtesten – oder je nach Temperament und Geschmack: am rührendsten – wirkt die Feststellung des SPD-Präsidiums, die Regierung wolle mit den hohen Energiepreisen „verantwortlich umgehen“.

Doch auch alle anderen Einlassungen stellen nur Ablenkungsmanöver dar: Die Ökosteuern werde für eine generationenübergreifende Sicherung der Altersvorsorge gebraucht; die Konsolidierung der Haushalte verbiete jede Steuersenkung über die bereits beschlossenen hinaus; die Politik dürfe bei der Entscheidung über die Struktur der Steuern und die Höhe der Sätze nicht jeder witterwendischen Marktlage hin-

terherlaufen. Nichts davon sollte die Bürger – und die Opposition im Bundestag – davon abhalten, zu erkennen und plakativ herauszustellen, wie töricht und leichtfertig das Hantieren mit der Ökosteuern als einem Mittel der absichtsvollen Verteuerung der Energie ist und bleibt.

Frankfurter Allgemeine

Schlagartig wieder in der Defensive

SPD und Grüne stehen in Gefahr, wieder ähnlich turbulenten Zeiten entgegenzugehen wie im ersten Jahr nach der Machtübernahme. Die extrem hohen Energiepreise könnten der Regierung schon bald erhebliche Schwierigkeiten bereiten, denn viele der Erfolge, in denen sich Gerhard Schröder während der Sommerpause sonnte, werden mit einem Schlag wieder infrage gestellt. Die Art, wie die führenden Koalitionspolitiker ihren Kurs bei der Ökosteuern rechtfertigen, zeigt bereits, dass das Bündnis in die Defensive gerät, und dort macht es keine gute Figur.

Neue Osnabrücker

Unzufriedenheit bricht sich Bahn

Noch hält sich der Volkszorn über den Benzinpreis in Deutschland in Grenzen. Doch über alle Grenzen hinweg breitet sich in Europa derzeit eine Welle der Empörungen aus, in der sich eine ganz fundamentale Unzufriedenheit Bahn bricht – bei weitem nicht nur diejenige der Spediteure, Taxifahrer oder Berufspendler. Was sich da in Frankreich, Spanien, England und jetzt auch bei uns artikuliert, ist ein tiefes Misstrauen, ist der verlorene Glaube der Menschen an die Gerechtigkeit von Politik.

Die Welt

Wie geht es weiter

Die politische Sommerpause ist beendet, und die Gemüter sind beunruhigt. Für die Regierung hatte sich die gefährliche Vakanz zunächst gut angelassen: Das Steuerpaket war zulaufen der Union und der guten Verfassungssitten – gegen das Versprechen sofortiger

Gesetzesanpassung an den Kompromiss – verabschiedet worden; beim Aufflammen der Extremismusdebatte behielten die Stallwachen die Meinungshoheit. Doch dann trat unvermutet dunkle Färbung ins Bild: Die Energiepreise schossen in die Höhe, die Wachstumsprognose verlor ihren Glanz und mit Euro-Schwäche samt chaotischer Debatte über die EU-Ausweitung erwachten erneut Zweifel am europäischen Staatskunstwerk.

Die Welt

NPD-VERBOT

Eine Waffe von gestern

Im Oktober wird eine von den Innenministern eingesetzte Arbeitsgruppe einen Bericht vorlegen, auf Grund dessen die Bundesregierung dann entscheidet, ob sie beim Verfassungsgericht einen Verbandsantrag gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands stellen will. Zunächst einmal: Es ist nicht falsch, diese Diskussion zu führen und daran zu erinnern,

dass die „wehrhafte Demokratie“ ein Parteiverbot in ihrem Arsenal hat. Allein das schon, so glauben Verfassungsschützer zu erkennen, beunruhigt die NPD und die neonazistische Szene. Gleichwohl muss die Entscheidung, nach Karlsruhe zu gehen, gut überlegt sein. Die Regierung will diesen Schritt auch nur wagen, „wenn die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen“. Ein Scheitern des Verbotsantrags hätte fatale Konsequenzen. Die NPD könnte einen negativen Bescheid aus Karlsruhe als höchstrichterlichen Ausweis ihrer demokratischen Zuverlässigkeit hochhalten und damit um Mitglieder werben.

Stuttgarter Zeitung

MÜNTEFERING

Schwere Schlappe des fliegenden Sauerländers

Der in Berlin agierende Franz Müntefering ist in Nordrhein-Westfalen Opfer offener Meuterei geworden. Mit einem in der Erfolgsgeschichte der NRW-SPD ein-

maligen Aufstand der Parteibasis wurde Münteferings Reformkonzept gleich vier Mal vertagt und der Landesvorsitzende ebenso häufig öffentlich blamiert. In der langen Herrschaft seines Vorgängers Johannes Rau, der den größten SPD-Landesverband mehr als zwei Jahrzehnte lang sanft, konfliktfrei und bis in die neunziger Jahre hinein auch erfolgreich führte, wäre ein solcher Affront undenkbar gewesen. Sein 1998 gewählter Nachfolger Müntefering wollte mit der Brechstange der als selbstverständlich vorausgesetzten Parteidisziplin den Landesverband auf Kosten der Bezirke stärken. Dabei hat er seine Hausmacht fatal überschätzt. Schließlich muss Müntefering nicht nur das Debakel der NRW-Kommunalwahl im Herbst 1999, sondern auch die schweren Stimmenverluste bei der Landtagswahl im Mai verantworten. Vor allem aber schwächt seine auf Dauer nicht ausfüllbare Doppelrolle im Bund und Land seine Autorität daheim, wo er bereits als „Berliner“ und „fliegender Sauerländer“ verspottet wird. Die Welt

FEST IM SATTEL sitzt die mit absoluter Mehrheit regierende CDU-Regierung im Saarland. Wenn am nächsten Sonntag wieder Landtagswahlen wären, würden 48 Prozent der Saarländer CDU wählen, 43 Prozent die SPD. FDP und Grüne würden derzeit nicht ins Parlament einziehen.

ÖKOSTEUER aussetzen. Das fordern 81 Prozent aller von Emnid befragten Deutschen. Nur 16 Prozent sind bereit, ab 2001 sieben Pfennig mehr für den Liter Benzin zu zahlen. Bei den Grünen-Wählern sprachen sich 55 Prozent für eine Aussetzung aus, bei den SPD-Anhängern 73.

EURO verliert weiter an Wert, glauben 43 Prozent der Deutschen. Das ermittelte das Godesberger Meinungsforschungsinstitut dimap. 33 Prozent glauben, dass der Kurs der Europawährung im Verhältnis zu anderen Währungen wieder ansteigt.

LABOUR seit acht Jahren zum erstenmal wieder hinter den Konservativen: mit 38 Prozent Zustimmung gegenüber 36 Pro-

zent für die Partei von Premierminister Tony Blair, den 73 Prozent der Befragten als "arrogant" und "ohne Bezug zur Basis" beschrieben. Ursache für dieses vernichtende Urteil und die Einbuße eines Vorsprungs von 20 Prozent noch im vergangenen Monat: die hohen Benzinpreise.

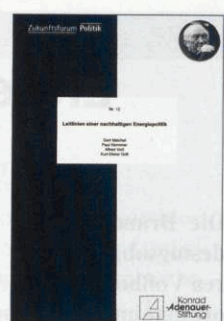
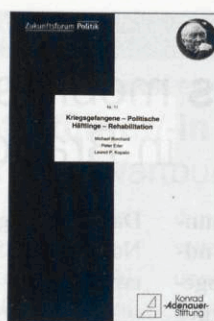
NEUER TIEFSTAND der Popularität des französischen Ministerpräsidenten Lionel Jospins. Von August bis September sank sie von 53 auf 35 Prozent: der bisher dramatischste Vertrauensschwund eines Regierungschefs seit Bestehen der V. Republik. Robert Hue, Chef der an der rot-grünen Regierung in Paris beteiligten Kommunisten warnte: Das ist keine vorübergehende Laune, sondern eine ernste Warnung

WISSENSLÜCKEN bei Wirtschaftsthemen haben Jugendliche in Deutschland in einem deutlich größeren Umfang als ihre Altersgenossen in anderen Industrieländern. Nicht einmal die Hälfte der 3000 befragten deutschen Schüler kann etwas mit Begriffen wie Bruttosozial-

produkt, Produktivität oder Inflation anfangen.

IMPFMÜDIGKEIT in Deutschland ist nach Auffassung vom Impfperten auch Schuld von Ärzten. "Ein Kampf ohne Ende" sei es - so der Präsident der Bayerischen Gesellschaft für Tropenmedizin und Impfwesen, Nikolaus Frühwein -, selbst niedergelassene Ärzte und Krankenhausmediziner für Impfungen zu ihrem eigenen Schutz zu motivieren.

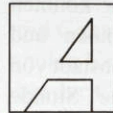
ÜBERSCHULDUNG wird auch bei Besserdienenden immer häufiger zum Problem. Wichtigste Problemgruppen unter den insgesamt 2,7 Millionen überschuldeten Haushalten: Alleinerziehende, Frauen, die für ihre Männer Bürgschaften übernommen haben, ehemalige Doppelverdiener, bei denen durch Familiennachwuchs ein Einkommen weggebrochen ist. Schuld daran sind nach Meinung von Werner Sanio, Leiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung in Kassel, auch die gestiegenen Lebenshaltungskosten und sinkende Real-einkommen.



Zukunftforum Politik

In dieser Schriftenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung werden interessante Themen aus unterschiedlichen Politikbereichen behandelt. Bis zu drei Exemplare pro Heft können kostenlos geliefert werden. Bei größerem Bedarf wenden Sie sich bitte wegen der entstehenden Kosten an die Konrad-Adenauer-Stiftung, Abteilung Kommunikation und Medien, Referat Publikationen, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin.

Nr.	Thema	Bestellte Exemplare
01	Welche Macht den Parteien?	
02	Wie viel Bürgerbeteiligung im Parteienstaat?	
03	Welche Finanzierung für die Parteien?	
04	Welcher Weg für die CDU?	
05	Deutsche Außenpolitik für das 21. Jahrhundert	
06	Eine Zukunft für die Bundeswehr	
07	In die Zukunft investieren. Strategie für einen Neubeginn in der deutsch-polnischen Partnerschaft	
08	Mehr Engagement für Afrika - Plädoyer für einen verstärkten deutsch-afrikanischen Dialog engl. Fassung: Greater Commitment to Africa - The Case for Enhancing the German-African Dialogue	
09	Persönlichkeitsschutz und Stasi-Akten	
10	Am Ende der Hoffnung: Die PDS im Westen	
11	Kriegsgefangene - Politische Häftlinge - Rehabilitation	
12	Leitlinien einer nachhaltigen Energiepolitik	



Konrad-Adenauer-Stiftung

<http://www.kas.de>
 Weitere Informationen finden Sie unter www.kas.de

Die Erste Ausgabe des Newsletters der Konrad-Adenauer-Stiftung ► Dieser neu konzipierte Informationsdienst wird in Zukunft über Schwerpunkte unserer Arbeit informieren: Sie erfahren Aktuelles über unsere Forschungsprojekte, wichtige Veranstaltungen und unsere Veröffentlichungen. Der Newsletter richtet sich an ausgewählte Entscheidungsträger und Meinungsbildner in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die mit der Stiftung kooperieren. Der Newsletter ist unser Angebot, mit uns in Dialog zu treten und die Kooperation zu vertiefen. Er ist vor allem als Schlüssel für unser Internetangebot „KAS – weltweit“ zu verstehen.

Europa und die deutsche Einheit – Wir feiern 10 Jahre Wiedervereinigung

Neues Internet-Angebot: „Anwerbestellen für Historikwissenschaftler“

ANDREA VOßHOFF UND DIETER DOMBROWSKI:

Erstes mobiles Wahlkreisbüro in Brandenburg

Die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Andrea Voßhoff und der Abgeordnete im Brandenburger Landtag Dieter Dombrowski haben am 4. September das landesweit erste mobile Wahlkreisbüro „BürgerMobil“ eingeweiht.

Um 14:00 Uhr konnten sich die Bürgerinnen und Bürger in der Innenstadt von Brandenburg eine Stunde lang ein Bild von dem einzigartigen Fahrzeug machen. Die erste Tour ging dann nach Rathenow, wo das „BürgerMobil“ ab 16:00 Uhr auf dem Märkischen Platz bestaunt werden konnte.

Hier wie auch in Brandenburg konnten die Passanten nicht nur das besondere Fahrzeug besichtigen, sondern auch die Gelegenheit nutzen, Ihre Probleme und Nöte mit Andrea Voßhoff und Dieter Dombrowski zu besprechen. Davon wurde auch ausgiebig Gebrauch gemacht.

Das „BürgerMobil“ ist wie ein stationäres Wahlkreisbüro mit Informationsmaterial aus dem Bundestag und Landtag, Handy, Laptop, Kopierer, Kühlschrank und Sitzecke ausgestattet.

Das Fahrzeug ist unter der Nummer 01 75/8 18 33 79 zu erreichen.

„Mit unserem gemeinsamen mobilen Wahlkreisbüro wollen wir insbesondere

TIPP FÜR DIE PARTEIARBEIT

in den Dörfern zwischen Brandenburg, Rathenow und Belzig mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ins Gespräch kommen“, so die beiden Abgeordneten.

Andrea Voßhoff und Dieter Dombrowski wollen erreichen, dass kein Bürger in unseren Wahlkreisen sagen kann, er habe mit uns sprechen wollen, hatte aber keine Gelegenheit dazu.

„Wir sind davon überzeugt“, so die beiden Politiker weiter, „dass wir durch Gesprächsangebote in den kleineren Ortschaften mehr Bürgerinnen und Bürger erreichen, als durch zentrale Veranstaltungen in Rathenow, Brandenburg, Belzig, Premnitz oder Nauen.“



STELLENANGEBOT

Zum nächstmöglichen Termin suchen wir eine/einen

Kreisgeschäftsführer/-in

für den CDU-Kreisverband Wartburgkreis.

Der Kreisverband Wartburgkreis ist der zweitgrößte Kreisverband in Thüringen und erstreckt sich rund um die kreisfreie Stadt Eisenach. Mit über 1000 Mitgliedern und einer absoluten Mehrheit im Kreistag sind wir die dominierende politische Kraft der Region; weitere Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.cdu-wartburgkreis.de>.

Zu den Aufgaben des Bewerbers gehört die Koordi-

nation der politischen Arbeit einer regierenden Kreispartei, Öffentlichkeitsarbeit inkl. Pflege unserer Internetseiten, Ausarbeitung von Reden und Grußworten, selbständige Erledigung der Korrespondenzen und des Einladungswezens, Ausarbeitung unserer quartalsweise erscheinenden Mitgliederzeitung, Buchhaltung, Mitglieder- und Spendenverwaltung sowie Betreuung der Basis.

Sie verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbil-

dung oder ein abgeschlossenes Studium, sind örtlich ungebunden und haben bereits mehrjährige Erfahrung in der Arbeit der Jungen Union oder CDU?

Dann bewerben Sie sich bis 3. Oktober mit Angabe des frühestmöglichen Eintrittsdatums und Gehaltsvorstellung an den Kreisvorsitzenden der CDU Wartburgkreis Stefan Baldus, Sulzberger Straße 10, 36433 Bad Salzungen.



Rückblick auf den Sommer: In Zusammenarbeit mit der Jungen Union hat sich die Hamburger CDU im August zum zweiten Mal mit einem Wagen an einem der größten TechnoUmzüge, dem generation move, beteiligt. Jungwählern hat sich die CDU damit als eine Partei dargestellt, die auch für diese bunte Art von Vergnügungen aufgeschlossen ist. Im nächsten Jahr werden wir wieder mit dabei sein: generation move wird dann zeitlich in den Bürger-schaftswahlkampf fallen.

Aktion Öko-Steuer

Bestellschein

IS-Versandzentrum
Frau Raabe
Postfach 1465

59320 Ennigerloh

Fax: 02524/911310

Absender / KV-Nr.

--	--	--	--

Rechnungsanschrift

.....
CDU-Verband
.....
Ansprechpartner
.....
Straße
.....
PLZ, Ort
.....
Tel.-Nr.

Versandanschrift (falls nicht identisch)

.....
CDU-Verband
.....
Ansprechpartner
.....
Straße
.....
PLZ, Ort
.....
Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Ja,

ich bestelle diesen Aufkleber:

**WEG MIT DIESER
~~Ö~~K.O.STEUER**

V.i.S.D.P.: CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE, 48 OFFENTLICHKEITSARBEIT, KLEINGELDERSTRASSE 6, 50735 BERLIN - 25/ 0900 - BAHN-Nr. 9084

Bestell-Nr.: 9684

Preis: 10,00 DM je 100 Aufkleber Exemplare

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

.....
Datum

.....
Unterschrift

Aktion Öko-Steuer

Bestellschein

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2

53359 Rheinbach

Fax: 02226/802-333

Absender:

Rechnungsanschrift

.....
Firma
.....
Ansprechpartner
.....
Straße
.....
PLZ, Ort
.....
Tel.-Nr.
.....

Versandanschrift (falls nicht identisch)

.....
Firma
.....
Ansprechpartner
.....
Straße
.....
PLZ, Ort
.....
Tel.-Nr.
.....

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

WEG MIT DIESER K.O.-STEUER

VON JEDER MARK, DIE SIE FÜR BENZIN AUSGEBEN,
KASSIERT HERR EICHEL 70 PFENNIG.



- Im Vergleich zu Januar 1999 sind die Spitzpreise um etwa 50 Pfennige je Liter gestiegen.
- Heizöl ist heute mehr als doppelt so teuer wie im letzten Jahr.
- Die Öko-Steuer ist eine K.O.-Steuer für Familien und Pensioner. Sie ist eine K.O.-Steuer für die Arbeitsplätze. Der Euro kränkt, die Inflationsgefahr wächst, die deutsche Wirtschaft wird im europäischen Wettbewerb geschwächt. Das trifft vor allem die Transportunternehmen.

NULL ÖKO

- K.O. auch für die Umwelt. Bis und Bahnen werden finanziert.
- Ministerwelle dank der satten Erhöhung der Ökosteuern an - von der versprochenen Senkung der Rentenbeiträge ist nichts zu sehen.

VIEL STEUER

- Finanzminister Eichel, durch die Versteigerung der LMS- Lizenzen gerade um knapp 100 Milliarden reich: freut sich schon jetzt auf weitere 100 Milliarden Mark aus der Ökosteuern (inkl. Mehrwertsteuer) in den kommenden drei Jahren.

ROT-GRÜN: POLITIK OHNE RÜCKSICHT AUF VERLUSTE

- In Frankreich und Spanien wird die Mineralölsteuer gesenkt, in Großbritannien die turnusmäßige Anhebung der Spitzpreise ausgesetzt.
- Nur Scheidler will die Preise weiter treiben. In drei Monaten steht die nächste Erhöhung der Ökosteuern und damit der Energiepreise an: Weitere 7 Pfennige je Liter. Und 2002 sollen es gegenüber heute 14 Pfennig, 2003 dann 21 Pfennig sein (inkl. MwSt.).

Ja,
ich bestelle
dieses Flugblatt:

..... **Exemplare**

Preis: 40,00 DM je 500 Expl.
zzgl. MwSt. inkl. Porto

..... Datum Unterschrift

Die CDU fordert:
Weg mit dieser K O -Steuer





21. September 2000 · 28/2000

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Endlich ist er da –
unser CDU-Scooter!



**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Bestell-Nr. 9673
Preis jeScooter inkl.
Rucksack: 170,00 DM